

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/196

Bonn, den 15. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Peinlichkeiten</u> Unterstellungen des "Deutschen Ostdienstes" Von Hans Jürgen Wischnewski, Bundesgeschäftsführer der SPD	35
1a	<u>Die Klage der CDU-Sozialausschüsse</u> Zu den Spannungen in der CDU	49
2 - 3	<u>Hessischer Reformhaushalt</u> Einmalig in der Bundesrepublik	86
4	<u>Zwischen Kirchturm und Weltraum</u> 150 Millionen Frankophone Von Georg Scheuer, Paris	48

SELBSTERBEWERTUNG UND EINGELIEDERUNG bringt heute:

Die Moskauer Doktrin

Reform-Kommunismus und Sozialdemokratie

Der Frieden muß demokratisch legitimiert sein

Arbeit für Deutsche fortsetzen

ADK polemisiert gegen "Prager Volkszeitung"

Entlassung und Degradierung für Aussiedler

Steigende Aussiedlerziffern aus der Tschechoslowakei

Größte Siedlung für Spätaussiedler und Flüchtlinge

2 000 Bilder schlesischer Kirchen

Budapester Symphoniker zu Gast in der Bundesrepublik

\*

\*

\*

Peinlichkeiten

Unterstellungen des "Deutschen Ostdienstes"

Von Hans Jürgen Wischniewski, Bundesgeschäftsführer der SPD

Zuweilen fällt es schwer, ganz genau zu sagen, wo die Grenze zur Unverschämtheit überschritten wird; zuweilen macht es nicht viel Mühe. Die jüngste Nummer des "Deutschen Ostdienstes" vom 12. Oktober läßt diese Entscheidung ausgesprochen leicht fallen. Mit einer Gießkanne desavouierender Unterstellungen überschütten diese "Informationen des Bundes der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" den Bundesaußenminister, werfen ihm Stolpern über "die eigene Klugheit" vor, bescheinigen ihm "Beflissenheit" und bezichtigen ihn ungenügender diplomatischer und politischer Vorbereitungen eines Gespräches.

Ursache dieser Attacke: Willy Brandt hatte in New York ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko geführt, um im Interesse aller Deutschen die Politik zu sichern und fortzusetzen, die Europa Sicherheit und Frieden zu gewährleisten vermag. Der "Deutsche Ostdienst" hatte zweifellos etwas andere Vorstellungen: Er läßt deutlich werden, daß ein Gespräch mit dem Außenminister der Sowjetunion eine Politik der Stärke möglicherweise unmöglich machen könne - hätte doch, so klagt der "Deutsche Ostdienst" - "das Gespräch Brandts mit Gromyko diese Chancen wieder beeinträchtigt." Welche Chancen?

Der Vorstoß des "Deutschen Ostdienstes" ist im Ton taktlos; in der Substanz aber ist er gefährlich. Und er beweist, daß nicht nur Dauerkolumnisten der "Welt am Sonntag", sondern auch Einzelgänger im "Bund der Vertriebenen" der Meinung sind, man müsse die Sowjets nur recht kräftig einschüchtern, dann könne man in der richtigen Tonart mit ihnen reden. So peinlich gerartige Alleingänge in dem offiziellen Organ des "Bundes der Vertriebenen" wirken mögen, sie sind - und darin stimme ich mit meinem Parteifreund Reinhold Rehs völlig überein - in keiner Weise repräsentativ für die sehr Überlegte und sachliche Haltung der Vertriebenen, die für eine Politik, die sich - allerdings weitab von jener des Außenminister unterstellten Beflissenheit - um eine Fortsetzung des unvermeidlichen Gespräches mit der Sowjetunion bemüht, volles Verständnis aufbringen. Denn ihnen ist sehr genau bewußt, daß es für die von der Koalitionsregierung vertretenen Entspannungs- und Friedenspolitik keine Alternative gibt, die die Sicherheit und Zukunft der Bundesrepublik und insbesondere Westberlins nicht gefährden würde.

+ + +

## Die Klage der CDU-Sozialausschüsse

### Zu den Spannungen in der CDU

sp - Steht die CDU vor einer innerparteilichen Zerreißprobe? Bittere Klagen führen seit langem die Sozialausschüsse dieser Partei, sie fühlen sich von der Führung vernachlässigt, von den Ton angehenden Kräften unverstanden und in den Hintergrund gedrängt. Auf dem Bundesparteitag in Berlin werden die christlich-demokratischen Arbeitnehmer nur durch eine geringe Anzahl von Delegierten vertreten sein, obwohl sie im Ruhrgebiet, immer noch das industrielle Herz der Bundesrepublik, die Masse der CDU-Wähler stellen.

Ein Verein, der außerhalb der CDU steht, besitzt in dieser Partei einen überragenden Einfluß. Der Wirtschaftsrat der CDU bestimmt die wirtschaftspolitische Grundhaltung, ihm stehen auch große finanzielle Mittel zur Verfügung. Der Wirtschaftsrat finanziert auch mit Millionenbeträgen die Kampagne gegen die Erweiterung der qualifizierten Mitbestimmung in den Großbetrieben auch außerhalb des Montanbereiches, und gerade diese Tatsache stößt auf den erbitterten Widerstand der CDU-Sozialausschüsse. Sie fürchten um ihren Einfluß bei den Arbeitnehmern, wenn sie sich zu einem bloßen Anhängsel der CDU degradieren lassen; gerade gut genug, dieser Partei Wählerstimmen zuzuführen. Es fehlt auch nicht an bittersten Vorwürfen. Die rheinisch-westfälischen Sozialausschüsse sprachen sogar davon, die Partei betreibe unter dem Einfluß wirtschaftsnaher Gruppen eine nahezu "selbstmörderische Politik" und sie versuche, die Diskussion über die erweiterte Mitbestimmung abzuwürgen.

Das ist ein erstaunlicher Vorgang, der sich vor aller Öffentlichkeit abspielt und nur erklärbar ist durch den Wandel, dem die CDU seit ihrer Gründung unterlag. Einstmals stand sie links von den Soziallehren der katholischen Kirche, heute ist sie weit nach rechts gerückt und will von der Vergangeneit kaum noch etwas wissen. So ist es denn auch kein Zufall, daß die CDU als Partei keinen Zugang zu den Sozialenzykliken der letzten Päpste mit ihren sozialreformatorischen Tendenzen fand und eine offene Diskussion darüber scheute. Da liegt zu viel Sprengstoff drin.

Die CDU-Sozialausschüsse haben einen schweren Stand. Sie werden an die Peripherie gedrängt, ihr Einfluß auf die Gesamtheit ihrer Partei sank fast auf den Nullpunkt, und damit auch ihre Wirkungsmöglichkeit und ihre Ausstrahlungskraft innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Die Sozialausschüsse zählen zwar immer noch 52.000 Mitglieder und stellen damit ein beträchtliches Kontingent für die CDU, doch sie agieren politisch gesehen im luftleeren Raum. Sie sehen sich nicht in der Lage, ihre Mitglieder zu aktivieren. Sie besitzen keinen Rückhalt an ihrer Partei, fühlen sich von ihr verlassen und unverstanden. Vom Bundesparteitag der CDU haben sie wohl keine Hoffnungen und Inspirationen zu erwarten. Zudem werden sie dort zu einer bedeutungslosen Minderheit verurteilt sein, überrollt von Kräften, deren Bild von einer modernen, fortschrittlichen und sozial gerechten Gesellschaft sich kaum mit dem der christlichen Soziallehren vereinbaren läßt.

## Hessischer Reformhaushalt

### Einmalig in der Bundesrepublik

G.K. - Hessens Finanzminister Albert Osswald sorgte dafür, daß der Slogan "Hessen vorn" auch im Bereich der Finanzpolitik aktuell blieb. Um die berühmte Nasenlänge seinen Kollegen in den übrigen Bundesländern und beim Bund voraus, legte er mit seiner Etatrede dem Hessischen Parlament den derzeit modernsten Haushalt der Bundesrepublik zur Beratung und Beschlußfassung vor. Der Doppelhaushalt für die Jahre 1969 und 1970 umfaßt - gegenüber der bisherigen Aufstellung - folgende fünf wesentliche Neuerungen:

- Ein neues ökonomisches Eingruppierungssystem,
- eine zusätzliche funktionale Gliederung,
- einen neuartigen Haushaltsquerschnitt,
- die Ausweitung auf zwei Jahre
- sowie den Fortfall des außerordentlichen Haushalts.

Das neue ökonomische Eingruppierungssystem ist eine nach dem Dezimalsystem aufgebaute ökonomische Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben. Es erfolgt eine klare Trennung zwischen den konsumtiven und investiven Ausgaben, die den volkswirtschaftlichen Gehalt des Haushaltsplans und die möglichen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung klar erkennen läßt. Dies ist die Voraussetzung für eine zielbewußte Steuerung der Ausgabenströme unter ökonomischen Gesichtspunkten.

### Gute Übersicht

Neben der Neugruppierung wird erstmals eine funktionale Gliederung nach den einzelnen Aufgabenbereichen vorgenommen. Sie erlaubt eine schnelle und verlässliche Übersicht über die Gesamtausgaben zum Beispiel für den Bildungsbereich, Verkehrswesen, Sozialwesen usw. Diese Funktionsübersicht ist eine wertvolle Entscheidungshilfe für das Parlament, wie es die Schwerpunkte in der Haushaltswirtschaft des Landes setzen will.

Eine weitere Neuerung ergibt sich gewissermaßen als Nebenprodukt des neuen Eingruppierungsplans und der Funktionsübersicht. Der neuartige Haushaltsquerschnitt macht deutlich, aus welchen ökonomischen Einnahme- und Ausgabearten sich die einzelnen Aufgabenbereiche zusammensetzen, wohingegen der bisherige Querschnitt lediglich eine Zergliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einzelplänen vornahm.

Neben diesen mehr technischen Neuerungen kommt dem zweijährigen Veranschlagungszeitraum eine besondere Bedeutung zu. Bei dem vorgelegten Haushaltsplamentwurf handelt es sich nicht um einen Zweijahres-

haushalt, sondern um einen Doppelhaushalt. Damit bleibt das Verfassungsgebot, wonach alle Einnahmen und Ausgaben für jedes Rechnungsjahr getrennt zu veranschlagen und in den Haushaltsplan einzustellen sind, unangetastet. Die Vorteile dieser neuen Veranschlagungsweise liegen einmal in einer Arbeitersparnis beim Parlament, weil eine Beratung und Beschlussfassung nur im zweijährigen Rhythmus erfolgen muß. Dadurch wird künftig mehr Zeit für die allgemeinen politischen Fragen und Gesetzesvorlagen frei. Zweitens erfolgt eine erhebliche Einsparung an Verwaltungsarbeit. Drittens - und das ist das wesentliche - stellt die zweijährige Veranschlagung ein zusätzliches Stabilisierungselement der Haushaltswirtschaft dar, da die bessere Transparenz in der Haushaltspolitik die konjunkturpolitische Manövrierfähigkeit erhöht.

### Einheitshaushalt

Die finanzwirtschaftlich bedeutsamste und zugleich auffallendste Neuerung des vorgelegten Entwurfs ist der Wegfall des außerordentlichen Haushalts. Damit geht Hessen vor dem Bund und als erstes Bundesland zu dem schon seit langer von der Finanzwissenschaft geforderten Einheitshaushalt über. Die Ordnungs- und Sicherungsfunktion des bisherigen außerordentlichen Haushalts wird durch eine gesonderte Finanzierungsübersicht übernommen, die - klarer als seither - einen umfassenden Überblick über Kreditaufnahmen gibt. Dies entspricht der finanzwissenschaftlichen Forderung nach Aufhebung der starren Bindung der Einnahmen aus Krediten an bestimmte Ausgaben, da diese die konjunkturelle Steuerung der öffentlichen Haushalte hindert oder gar lähmt.

Diese Novitäten in haushaltsmäßiger Sicht hätten eigentlich schon ausgereicht, den hessischen Doppelhaushalt 1969/70 als echten Reformhaushalt zu kennzeichnen. Finanzminister Osswald hatte in seiner Etsatrede aber noch mehr Überraschungen parat. Nicht nur, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs die vom Finanzplanungsrat gesetzten Richtwerte hinsichtlich der Steuerschätzung, des Ausgabenzuwachses sowie der Entwicklung der Personalausgaben und der Investitionsausgaben genau eingehalten worden sind oder daß im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Gesamtleistungen des Landes und seiner Gemeinden in beiden Jahren um fast 240 Millionen DM erhöht wurden.

### Opposition fassungslos

Vielmehr unterbreitete er dem Parlament an Hand zweier Haushaltsansätze für den weiteren Ausbau sogenannter EDV-Anlagen ein Modell eines umfassenden integrierten Datenverarbeitungssystems für ganz Hessen. Den - so schien es wenigstens - recht fassungslosen Oppositionsparteien im Hessischen Landtag, deren Vorschläge zum Thema kommunale Verwaltungsreform noch auf einer "Vorstellungsbasis der traditionellen Verwaltung" aufbauen, hielt Osswald sein eigenes revolutionäres Konzept entgegen. Ein zentrales "Rechengehirn" mit Aussenstellen für jeweils ca. eine Million Einwohner soll im Endstadium den größten Teil der Verwaltungsaufgaben koordiniert erledigen. Im gleichen Umfang, wie die Gemeinden durch die Reduzierung von Behörden und damit durch den Abbau von allgemeiner Verwaltungstätigkeit von Verwaltungsarbeit entlastet werden, soll die politische Funktionsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung intensiviert werden, um den erforderlichen Kontakt zu den Bürgern lebendig zu halten.

## Zwischen Kirchturm und Weltraum

150 Millionen Frankophone

Von Georg Scheuer, Paris

Parlamentarier aus 26 Ländern berieten dieser Tage im Schloß von Versailles über die Pflege und Ausbreitung französischer Kultur. Der politische Hintergrund ist offensichtlich. Im Namen von 150 Millionen Französischsprachigen bemüht sich seit erst anderthalb Jahren die "Association des Parlementaires de Langue Française" einen Bogen von Luxemburg bis Zentralafrika und von Kanada bis zum Aostatal zu spannen. Mittelpunkt ist Paris.

Erste Anregungen kamen vom Staatspräsidenten Senegals, Leopold Senghor. Sie fanden zunächst keine Gegenliebe im Elysée, wo man neue, unnütze Ausgaben für afrikanische Entwicklungsländer vermeiden wollte. Jetzt scheint man aber die Vorteile des Unternehmens erfaßt zu haben. Außenminister Debré, Kultusminister Malraux und Unterrichtsminister Edgar Faure nahmen an der Tagung regen Anteil. General de Gaulle gab für die Konferenzteilnehmer einen Staatsempfang auf Schloß Trianon.

Das Programm geht von der Schaffung eines "gemeinsamen Marktes" der französischen Kulturgüter - vor allem Bücher und Schallplatten - bis zum Start eines Weltraumkörpers für Französischsprachige Verbindungen, "damit im Weltall nicht ausschließlich Englisch und Russisch tönen". Die nächste Tagung soll in Paris stattfinden.

Offensichtlich sollen autonomistische Bestrebungen von Quebec über Wallonien bis Jura gefördert werden. Die Grenze zwischen "Kulturimperialismus" und politischer Ambition ist nicht immer deutlich zu ziehen.

### Schockwirkungen

Zugleich macht sich aber eine Entwicklung bemerkbar, die von den Urhebern der Frankophonie weder beabsichtigt noch vorgesehen wurde. Französischsprachige Länder und Provinzen außerhalb Frankreichs bemühen sich bis jetzt, ihr Schulwesen an Pariser Beispiele anzulehnen. Lehrpläne wurden kopiert, Professoren und Studenten rege ausgetauscht.

Frankreichs Universitäts-Revolution und Universitäts-Reform 1966 waren in diesem Rahmen nicht vorgesehen und haben jetzt entsprechende Folgen. Die regierenden Kreise Französisch-Afrikas verfolgen mit Sorge die französische "Kulturrevolution" seit dem Studentenaufrstand im Mai. Sie befürchten Ansteckungsgefahr. Tatsächlich führte der Barrikadenaufstand des Quartier Latin zu Unruhen in Senegal und zur Schließung der Universität in Dakar. In Tunesien wurden revolutionäre Studenten verhaftet und zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Die Pariser Hochschulreform beruhigt fast alle französisch-afrikanischen Regenten.

In Versailles kam es zu offenen Auseinandersetzungen zwischen den liberalen Unterrichtsminister Edgar Faure und afrikanischen Staatsrännern wie Senghor und Burgiba, die bis jetzt als Fortschrittlich galten, jedoch vor der Pariser Kulturreform zurückzucken. Französisch-Afrika ist durch Frankreichs Mairevolution erschüttert und befürchtet weitere Schockwirkungen.

Jahrhundertlang war die Metropole ein Hemmschuh in der Entwicklung der Kolonien. Jetzt wird die Pariser Hochschulrevolution zu einem Motor für Französisch-Afrika. Aber auch im katholischen Quebec und hinter den Kirchtürmen Walloniens und des Jura ist man aufgeschreckt. Im Programm der Frankophonie war das alles nicht vorgesehen, stand aber im Mittelpunkt der Konversation im Spiegelsaal von Trianon.